



INTERVIEW

Felwine Sarr wurde 1972 in Niodior in Senegal geboren. Er ist Schriftsteller, Musiker und lehrt als Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Gaston-Berger-Universität in Saint-Louis, Senegal. Er beschäftigt sich damit, wie man die Geisteswissenschaften von Afrika aus neu schreiben könnte. Dazu sprach er am Mittwoch im Rahmen der ersten Berlin Southern Theory Lecture an der Freien Universität Berlin. Von ihm erschienen die Bücher »Afrotopia«, 176 S., geb., 20 €, und, zusammen mit Bénédicte Savoy, »Zurückgeben. Über die Restitution afrikanischer Kulturgüter«, 224 S., br., 18 €, bei Matthes & Seitz. Mit Sarr sprach **Ulrike Wagener**.

Foto: dpa/Thilo Rückeis

Vom Entwickeln und Einwickeln

Der Ökonom Felwine Sarr über afrikanische Denkprozesse und Visionen der Zusammenarbeit

Herr Sarr, Sie stehen den Konzepten von Entwicklung und »Entwicklungshilfe« sehr skeptisch gegenüber. In Ihrem Buch »Afrotopia« sprechen Sie davon, dass die afrikanischen Gesellschaften durch den Kolonialismus und den westlichen Einfluss nicht entwickelt, sondern eher »eingewickelt« wurden. Was meinen Sie damit?

Wenn Sie sich die Etymologie des Worts »Entwicklung« ansehen, bedeutet das, etwas zu entwickeln, das bereits existiert. Sie befinden sich in einer Art »frühem Stadium« und wachsen von dort aus. Etwas ganz anderes ist es, soziale, ökonomische und politische Formen, die nicht im Zuge eigener gesellschaftlicher Dynamiken entstanden sind, einfach zu übernehmen.

Erklären Sie das bitte.

Nach der Unabhängigkeit haben viele afrikanische Staaten versucht, alle Kategorien westlicher Gesellschaften zu übernehmen, ohne die Zeit zu haben, sie zu kritisieren, sie neu zu erfinden. Die Idee von Partizipation kann ganz unterschiedliche institutionelle Formen annehmen. Wenn diese Form jedoch nur übergestülpt wird, kann es passieren, dass es zwar demokratische Institutionen gibt, diese aber nicht funktionieren.

Und wenn man den Kontinent jetzt wieder auswickeln wollte?

Ich denke, es geht nicht so sehr ums auswickeln, eher darum, uns selbst neu zu erfinden. Und zwar auf der Basis vielfältiger Ressourcen. Die westlichen Ressourcen sind da. Wenn sie für unsere derzeitige Situation relevant sind, müssen wir sie auch verwenden. Wenn nicht, müssen wir sie hinterfragen. Das gleiche gilt für die afrikanischen Ressourcen. Aber es muss möglich sein, beide in einer neuen Weise zu verwenden, um neue Formen z.B. der Ökonomie zu finden.

Sie sagen, Kolonialismus war verbunden mit der Idee des unbegrenzten Wachstums. Welche Rolle spielt die Ökonomie für die Dekolonisierung?

Vermutlich müsste man die Stellung der ökonomischen Ordnung für die Gesellschaft gänzlich überdenken. Im 18. und 19. Jahrhundert wurde Ökonomie viel philosophischer gedacht als heute. Es ging weniger um eine rein technische Ordnung, die Ökonomie sollte zum Wohlbefinden der Menschen beitragen. Es gibt bereits Beispiele, wo Menschen versuchen, Ökonomien aufzubauen, die zwischenmenschliche Beziehungen, Gemeingut und die Umwelt respektieren und auch den Raum außerhalb des Marktes – denn den brauchen wir.

Was können Wissenschaftler*innen dazu beitragen?

Ich bin überzeugt, dass jede soziale, politische und ökonomische Ordnung auf einer epistemologischen Ordnung, einer Wissensordnung, basiert. Manchmal sehen wir die Wissensordnung nicht, die sich hinter unserem Lebensstil, unserem politischen und ökonomischen System verbirgt. Befindet sich ein System in der Krise, passiert es oft, dass man sehr viel Zeit auf die Suche nach dem Ausweg aufwendet. Doch man müsste tiefer gehen und sich ansehen: Welche Wissensordnung liegt hinter den Ereignissen, die zur Krise führten? Es bräuchte eine epistemologische Verschiebung, um zu erkennen, dass die Wissensproduktion entscheidend ist für all diese Dynamiken.

Wie könnte das praktisch aussehen? Sie haben im November »Les ateliers de la Pensée«, die Ateliers des Denkens, in Dakar organisiert. Die Veranstaltung wurde unter anderem dafür kritisiert, dass zu viele französische Philosophen da waren.

(Lacht) Nein, da waren nicht viele französische Philosophen. Ich finde sowieso, dass wir unser Denken nicht rassifizieren sollten. Als ich 2017 mit dieser Veranstaltungsreihe begann, wurde ich gefragt: »Was macht dieser weiße Typ hier?« Dieser Mann arbeitete seit 20 Jahren zu afrikanischer Philosophie. Wir können nicht den Eurozentrismus der Europäer kritisieren und dann genau das gleiche Muster wiederholen, indem nur Schwarze Menschen über afrikanische Themen nachdenken dürfen. Über Themen, die von globaler Bedeutung sind, müssen wir mit allen Menschen zusammen nachdenken. Afrika steht nicht außerhalb der Welt, Afrika ist in der Welt. Es gab jedoch eine andere Kritik, die ich mir sehr wohl zu Herzen nehme: »Wie kann euer Denken allein das Leben so vieler Menschen verändern?« Denkprozesse sind oft langsamer als Taten. Aber man muss Wissenschaftlern die Zeit lassen, ernsthaft nachzudenken. Wenn man sich Problemen immer nur im Krisenmodus nähert, wird man sie nicht lösen.

In Deutschland sind Sie bekannt für Ihren Bericht zum Umgang mit dem afrikanischen Kulturerbe in Europa. Die Frage nach Restitutions wird hierzulande viel diskutiert. Ist das in Afrika eine ebenso drängende Frage?

Ich bin dieses Jahr viel gereist, sowohl in Europa als auch in Afrika. Und es war eine sehr wichtige Frage quer durch Europa und weniger wichtig in Afrika. Dort ist es sehr unterschiedlich: In Ländern, wo der Raub der

Kulturgüter mit Gewalttaten verknüpft war, ist dies im kollektiven Gedächtnis sehr präsent. Würden die Objekte hingegen über längere Zeit etwa im Zuge wissenschaftlicher Expeditionen mitgenommen, wird sich seltener daran erinnert. Die Frage nach Restitutions ist in erster Linie auch ein Prozess des Wiedererinnerns.

Am Mittwoch hatte die AfD im Bundestag eine Veranstaltung mit Bruce Gilley, der behauptet, der Kolonialismus sei von Vorteil für die kolonisierten Länder gewesen. Etwas ähnliches hatte einmal der Afrikabeauftragte der Bundesrepublik gesagt. Sehen Sie ein Wiederaufleben kolonialen Denkens in Europa?

Zunächst einmal: Das ist ganz einfach falsch. Die Kolonisatoren haben Infrastruktur aufgebaut, um Rohstoffe abzubauen, zum Hafen zu transportieren und nach Europa zu überführen. Nicht, um die Mobilität der Bevölkerung zu verbessern. Auch wenn sie Menschen in europäischen Sprachen unterrichtet haben, ging es darum, sie als Dolmetscher einzusetzen. Ja, sie wollten sie bilden, aber nur bis zu einem Grad, der ihren Zwecken dienlich war. Man kann diese Infrastruktur gar nicht ins Verhältnis setzen mit dem Verlust und der Zerstörung von Kultur, Geschichte und Menschlichkeit. Im Moment gibt es eine Art Revival dieses Arguments der »Zivilisationsmission«, mit dem die Kolonialmächte einst ihre Herrschaft legitimierten.

Was könnte man tun, um dem etwas entgegenzusetzen?

Ich denke, Historiker haben auf der wissenschaftlichen Ebene schon viel geleistet. Aber ihre Arbeit wird nicht ausreichend vermittelt an den Schulen europäischer Länder. Das Wissen über die Kolonialgeschichte existiert – aber es verbleibt im akademischen Raum. Das müsste sich ändern.

Und auf politischer Ebene: Wie könnte eine Zusammenarbeit zwischen afrikanischen und europäischen Ländern aussehen, jenseits von Entwicklungshilfe?

Das ist eine der schwierigsten Fragen: Wie könnte eine Zusammenarbeit aussehen, bei der man auch tatsächlich zusammenarbeitet? Denn was die Europäer Zusammenarbeit nennen, ist eigentlich keine. Immer noch geht es ihnen darum, die Dinge nach ihren Regeln, Methoden und Vorstellungen zu erledigen. Es geht nicht darum, was gut für die Menschen ist. Um wirklich zusammenarbeiten zu können, müsste man zuerst diese Beziehung ins Gleichgewicht bringen.

Denken Sie, das kann aus dem jetzigen System heraus entstehen, oder braucht es ein »Stopp«?

Ich nehme gern Ruanda als Beispiel. Dort ist etwas ähnliches passiert: Nach dem Genozid sagten sie »Stopp« und warfen alle internationalen NGOs raus, um ihre eigene Vorstellung zu entwickeln: Wie soll Ruanda 2020 aussehen? Auch wenn man den dortigen Präsidenten Paul Kagame für zahlreiche Dinge kritisieren kann – sie haben für sich selbst entschieden, was sie wollen. Andere afrikanische Länder sind gefangen in einer asymmetrischen Machtbeziehung.

Wie zeigt sich das?

Ein wichtiger Punkt für mich ist die intellektuelle Asymmetrie. Es gibt keine wahrhaft durchdachte Vision, die es ermöglichen würde zu sagen: Wir wissen, was wir brauchen und wie wir es erreichen können. Es bräuchte Ressourcen, um in Forschung zu investieren, die beispielsweise in den Bereichen Gesundheit oder Bildung Empfehlungen aussprechen könnte. Sonst hat man plötzlich wieder 60 Jahre als Konsument von Lösungen verbracht, die von außen vorgeschlagen wurden. Und die nicht funktionieren.

Wie könnte man das erreichen?

Forschung. Wissensproduktion. Ich denke das ist wichtig. Und auch politisches Bewusstsein. Es braucht politische Eliten, die zum Ziel haben, das Leben der Menschen in Afrika zu verbessern. Ist die politische Elite nicht gut, weil sie z.B. nicht demokratisch gewählt wurde oder sie nur nach ihren eigenen Interessen handelt, dann ändert sich gar nichts.

Haben Sie eine Vision, wie Afrika heute aussehen könnte, wenn diese globalen Machtstrukturen nicht existierten?

Das ist sehr schwierig, es ist eine kontrafaktische Geschichte (lacht). Ich versuche das herauszufinden. Aber ich weiß, dass eine der größten Schwierigkeiten unserer Geschichte ist, wie man eine Zukunft konfiguriert, die nicht konfigurierbar ist.

Wie meinen Sie das?

Die Zukunft erreicht uns zumeist so, wie wir es uns gerade nicht gedacht haben. Wenn Sie die Zukunft als einen Raum der Möglichkeiten betrachten, dann sehen Sie, dass das, was jetzt passiert, nur eine Möglichkeit ist neben anderen. Die Zukunft ist offen. Das ist doch interessant, zu sagen, schau, was wir gerade erleben, ist keine Notwendigkeit, wir könnten auch etwas anderes erleben. Allein das ist interessant für ein utopisches Denken – und Handeln.

»Man muss Wissenschaftlern die Zeit lassen, ernsthaft nachzudenken. Wenn man sich Problemen nur im Krisenmodus nähert, wird man sie nicht lösen.«